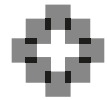




**Schriftlicher Bericht des Landesbischofs
zur VI. Tagung der 25. Landessynode
der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers**

26. Mai 2016

(Es gilt das gesprochene Wort)



1. Syrien

Sehr geehrte Synode, verehrtes Präsidium,

Ich beginne mit einem Dank. Sie haben mir einen Gruß mit auf meine Reise in den Libanon gegeben. Ich bin Mitte Januar für drei Tage in Beirut gewesen und habe eine Reihe von Gesprächen geführt: Mit dem Pastor der deutschen Gemeinde, mit dem deutschen Botschafter und vielen Vertretern der Kirchen aus Syrien und dem Libanon. Im Mittelpunkt stand immer die Botschaft unserer kleinen Delegation: Wir sehen das Leid der Menschen im Krieg in Syrien und fragen, ob wir vor Ort hilfreich sein können. Und wir erkennen die unglaublichen Anstrengungen, die die Menschen im Libanon übernehmen, indem sie mehr als 1,5 Millionen Flüchtlinge aufnehmen – bei einer Gesamtbevölkerung von ca. 4,5 Millionen. Kein anderes Land der Welt nimmt im Verhältnis zur Bevölkerungszahl so viele Flüchtlinge auf. Neben Syrern gibt es im Libanon auch weitere Flüchtlingsgruppen, vor allem Palästinenser, Iraker und Armenier.

Wir hatten bewusst und nicht nur aus Zeitgründen darauf verzichtet, Flüchtlingslager aufzusuchen. Unsere Frage lautete, wie es uns gelingen könne, Partnerschaften zu den evangelischen Schulen in Syrien aufzubauen. Beim Besuch der National Evangelical Synod of Syria and Lebanon (NESSL) und dem Gespräch mit einer Abordnung in ihrem Headquarter in einem Außenbezirk der Stadt mit einem traumhaften Blick über das Mittelmeer verteilte ich vor Beginn des Gesprächs das Grußwort unserer Synode, das wir ins Arabische übersetzt hatten. Ein Vertreter las es laut vor. Im Anschluss: Tiefes, berührtes Schweigen. Und dann der Dank für unsere Solidarität mit den Kirchen vor Ort. Ich gebe Ihnen diesen Dank weiter. Immer wieder hörte ich die Sätze: Ihr Besuch und Ihre Grußbotschaft helfen uns, innerhalb und außerhalb unserer Kirche zu zeigen: Wir werden gehört. Unsere Rufe nach Hilfe und Anteilnahme sind nicht umsonst. Wer die Homepage dieser Synode aufruft, sieht bei der Liste der Kirchengemeinden in Syrien hinter einigen Gemeinden einen Stern mit dem Hinweis: Aufgrund der aktuellen Sicherheitslage finden keine Gottesdienste statt. Und zwei Sterne werden erklärt mit den Worten: Aufgrund der Besetzung von bewaffneten Truppen gibt es zurzeit keine Gemeindemitglieder mehr in dieser Kirchengemeinde.

Selten ist eine Reise zu christlichen Geschwistern so eindrucksvoll und bewegend für mich gewesen wie diese drei Tage im Libanon. Als wir unser Gespräch mit Pastor Nseir aus Homs führten, der über die syrische Schule in seiner Stadt und seine Kirchengemeinde berichtete, begann er seine Ausführungen mit der persönlichen Bemerkung, dass Freunde von ihm wenige Tage zuvor bei Angriffen in Al Qamishli an der Grenze zur Türkei umgekommen waren, seinem Heimatort.

Mit großer Dankbarkeit sehe ich, wie sich unsere Syrien-Initiative „Gemeinsam helfen – Eine Zukunft für Christen in Syrien schaffen“ ausweitet und in einigen Gemeinden und Kirchenkreisen, aber auch in großen Gottesdiensten der Landeskirche Mittel zur Schulunterstützung gesammelt werden. Wir fügen uns mit dieser Initiative ein in die Gruppe einiger evangelischer Kirchen in Deutschland, die schon seit längerer Zeit Beziehungen zu syrischen Kirchen aufgebaut haben.



Unsere Hilfe ist bescheiden und klein und wird dennoch als wichtiges Zeichen gesehen, wie wir Menschen vor Ort eine Perspektive geben, in ihrem Land zu bleiben. Im August hoffen wir, Pastor Nseir aus Homs einladen zu können, der dann einigen kirchlichen Gremien von seiner Gemeinde und der benachbarten Schule berichten wird. Wenig später planen wir erneut, für wenige Tage nach Beirut und eventuell nach Syrien zu reisen, um dort die Zusammenarbeit mit den Schulen zu intensivieren. Mit dabei werden dann vermutlich Vertreterinnen unserer evangelischen Schulen sein, die signalisiert haben, an einer Partnerschaft mit einer syrischen Schule interessiert zu sein. Damit sind wir mit diesem Projekt aus der Phase der Idee herausgetreten und bauen nun eine Partnerschaft auf.

2. Gesellschaftliche Verantwortung

Diesen Weg, für Menschen in ihrer Heimat ihre Lebensperspektive zu verbessern, verfolgen wir in zahlreichen Partnerschaftsprojekten seit Generationen. Nun erleben wir eine Aufmerksamkeit für die „Eine Welt“ durch die Aufnahme der Flüchtlinge, die uns in eindrücklicher Weise auf die ganze zerrissene Welt verweisen. Mich haben die Reise in den Libanon aber auch die wenige Tage später begonnene Reise für zwei Wochen nach Indien unmittelbar an diese „Wirklichkeit“ erinnert.

Wir leben in einer Welt schreiender Ungerechtigkeit und einer Welt des Unfriedens. Selten ist diese Einsicht so klar und schmerzlich als globale Botschaft transportiert worden wie in den vergangenen Monaten. Nichts ist mehr fern. Menschen, denen wir in unseren Häusern Herberge geben, erzählen von Krieg und Tod. Die drohende Klimakatastrophe treibt Menschen aus den wachsenden Dürregebieten in die norddeutsche Tiefebene. Beliebte Urlaubsorte am Mittelmeer sind zu Sammelpunkten Geflohener geworden, die auf der Suche nach einem sicheren und besseren Leben sind. So kosmopolitisch und leidvoll mit den Flüchtlingen der Wind in unser Land weht, so erleben wir zugleich auch eine wachsende Provinzialität im Gemüt und beginnende Unbarmherzigkeit, Schutzzäune zwischen den Grenzen und wachsende Mauern in den Köpfen.

Der gängige Topos der „gesellschaftlichen Verantwortung“, der sich durch zahlreiche kirchliche Stellungnahmen zieht, bekommt angesichts dieser Situation eine neue Bedeutung. Die abstrakte Formulierung „gesellschaftliche Verantwortung“ hat für mich in den letzten Monaten ganz konkrete eindrückliche Gesichter bekommen, ich konnte sie mit Händen greifen und ihr nicht mehr ausweichen - auf den Reisen im Libanon und in Indien, in den Flüchtlingsunterkünften in Deutschland, in der Aktion „Niedersachsen packt an“, in der Begegnung mit meinen neuen Nachbarn aus Afghanistan, in den Sitzungen der Endlagerkommission, in den Nachrichten über die AfD und bei vielen weiteren Gelegenheiten.

In Niedersachsen begründen wir die gesellschaftliche Verantwortung der Kirchen mit dem so genannten Öffentlichkeitsauftrag im Loccumer Vertrag. Er hält fest, dass die Kirchen ausdrücklich zu Grundfragen des politischen und gesellschaftlichen Lebens Stellung nehmen sollen. Das ist auch auf dem Hintergrund der Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus so formuliert. Die Kirchen wollen an zentrale Werte erinnern, nicht moralisieren.

Die zentralen Teile meines Berichtes in diesem Frühjahr kreisen um die Frage, wie wir als Kirche gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können. Und Sie werden sehen, dass es darauf leider manchmal keine schnellen und einfachen Antworten gibt.

Noch immer ist offen, welche Wege in der Integration der Flüchtlinge in unserem Land sinnvoll und nachhaltig sind. Es werden in unserer Demokratie unter den Bedingungen der Freiheit umfassende Diskussionen über den Weg und die Inhalte dieser Aufgabe geführt. Welche religiösen, welche nationalen, welche politischen Haltungen sprechen in einem säkularen Staat mit? Wer verteilt die Rollen? Aus den unterschiedlichsten Quellen werden Ideologien oder Werthaltungen genommen und für verbindlich erklärt. In einer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft müssen allgemeine politische Prinzipien entwickelt werden, in denen zentrale moralische Vorstellungen zum Ausdruck kommen, die möglichst alle Bürger teilen. Davon sind und bleiben wir noch entfernt. Es ist in jeder Gerechtigkeitsdiskussion einsichtig, dass es Werte sein müssen, die umstrittene metaphysische Ideen ausschließen. Wir führen diese Debatte innerhalb unseres Landes und erleben, dass sich gegensätzliche Auffassungen quer durch die Nachbarschaften, Familien und Gruppen ziehen – ebenso wie durch politische Parteien und Institutionen. Das angekündigte Integrationsgesetz, über das gerade in diesen Tagen innerhalb der Koalition diskutiert wurde, will mit der Schaffung von 100.000 neuen „Arbeitsgelegenheiten“ - darunter vermutlich Ein-Euro-Jobs - die Heranführung an den Arbeitsmarkt erleichtern und sinnvolle Betätigung während des Asylverfahrens ermöglichen. Integrationskurse sollen verpflichtend sein. Wer die Mitwirkung daran ablehnt oder abbricht, dem sollen Leistungen gekürzt werden. Bei Straffälligkeit soll das Aufenthaltsrecht widerrufen werden können und Flüchtlinge sollen gleichmäßiger verteilt werden. Wer den zugewiesenen Wohnsitz verlässt, muss mit Konsequenzen rechnen. Diese praktischen Maßnahmen, die nicht unumstritten sind, ersetzen jedoch nicht die inhaltlichen Positionen, die eine Gesellschaft für ihr Zusammenleben formulieren muss. In welcher Haltung wird die Mehrheit der Bevölkerung die Integration der Flüchtlinge betrachten?

3. Eine Frage der Haltung: Bündnis „Niedersachsen packt an“

In meinem letzten Bischofsbericht habe ich Ihnen kurz berichtet von dem gemeinsamen Aufruf der Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), des Bistums Hildesheim und der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen zu einem gebündelten Vorgehen in der Flüchtlingsfrage zusammen mit dem Land Niedersachsen. Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ hat gleich danach seine Arbeit aufgenommen und wurde am 30. November 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt. Über 2.200 Unterstützerinnen und Unterstützer haben sich bislang auf der Internetseite des Bündnisses eingetragen. Vom Abt zu Loccum über Vertreterinnen und Vertreter des Landeskirchenamtes, kirchliche Einrichtungen, Kirchenkreise, Superintendentinnen und Superintendenten bis zu engagierten Kirchengemeinden ist die Landeskirche Hannovers gut vertreten. Dafür danke ich herzlich und lade weiter ein, dieses Bündnis zu unterstützen!

„Niedersachsen packt an“ ist ein gesellschaftlicher Zusammenschluss, der eine gemeinsame Haltung zeigen will. Wir arbeiten daran, geflüchteten Menschen



Schutz zu geben und einen Neustart in Niedersachsen zu ermöglichen. Wir wollen aber vor allem zeigen, was das gemeinsame Leben in unserem Land ausmacht: Solidarität, Toleranz und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Die Initiatoren treffen sich regelmäßig. Auf der Arbeitsebene sorgen ein Koordinationskreis und sechs Arbeitsgemeinschaften, die alle mit kirchlichen Vertreterinnen und Vertretern besetzt sind, für das Erreichen gemeinsamer Ziele. Am 16. März fand die erste von momentan geplanten drei Integrationskonferenzen statt, zu der alle Unterstützerinnen und Unterstützer des Bündnisses eingeladen waren. Über 500 Akteure aus den unterschiedlichsten Bereichen von Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik waren im HCC zusammengekommen, um sich über die praktischen Herausforderungen bei der Sprachvermittlung geflüchteter Menschen auseinanderzusetzen und Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. In fünf Arbeitsforen wurden zahlreiche Maßnahmen für eine bessere Sprachvermittlung identifiziert. Konkrete Pläne für Maßnahmen wie abgestimmte Bildungsketten, Aufstockung qualifizierter Lehrkräfte oder duale Ausbildungen finden Sie unter den Informationen zur 1. Integrationskonferenz auf www.niedersachsen-packt-an.de. Die zweite Konferenz findet am 6. Juni zum Thema „Werkstatt Arbeit“ statt, die dritte zum Thema „Wohnen und Leben“ tagt am 29. August. Wenn Sie sich als Unterstützer oder Unterstützerin auf der Bündnisseite anmelden, werden Sie automatisch eingeladen.

Jenseits konkreter Maßnahmen geht es bei diesem Bündnis vor allem um eine gesamtgesellschaftliche Haltung, die über das aktuelle Geschehen hinausreichen muss. Denn im Kontext der Flüchtlingsfrage müssen wir unsere eigene Haltung fortwährend kritisch prüfen. Es ist bewegend, wie Kirchengemeinden und Kirchenkreise in den schwierigen vergangenen Monaten unterstützt und geholfen haben. Dafür an alle Haupt- und Ehrenamtlichen noch einmal mein herzlicher Dank!

Durch den momentanen Rückgang der Flüchtlingszahlen und die ersten Schließungen von Erstaufnahmelagern treten wir nun in eine neue Phase, die uns Zeit gibt, die eigene Haltung noch einmal zu prüfen und die Begründungen für unser Handeln zu vertiefen. Der Soziologe Max Weber hat in seinem Vortrag „Politik als Beruf“ aus dem Jahr 1919 die Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik eingeführt.¹ Während der Gesinnungsethiker die Qualität des Handelns in erster Linie an den moralischen Prinzipien und Absichten bemisst, fragt der Verantwortungsethiker nach den möglichen Folgen seines Tuns. „Refugees Welcome!“ ist zuerst eine gesinnungsethische Haltung. Für die christliche Position in der Flüchtlingsfrage waren die entscheidenden Anknüpfungspunkte in den jüdisch-christlichen Ursprüngen schnell gefunden. Die zentralen biblischen Glaubenden von Abraham bis Jesus von Nazareth waren Wandernde. Aufbruch, Unterwegssein und Ankommen sind wesentliche biblische Themen. Trotzdem gelten sie nicht als erstrebenswerter Zustand, sondern symbolisieren die existentielle Situation der Glaubenden, die auf Gottes rettende Hilfe angewiesen sind. Durch das Rezitieren der Erzählungen bleibt diese Grundhaltung im kollektiven Bewusstsein der Glaubenden und weist uns heute an die Menschen, die auf der Flucht zu uns kommen.

¹ Max Weber: Politik als Beruf (1919). Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg, 1999



Doch hüten wir uns davor, aus dieser Position einen moralischen Anspruch für die Gesellschaft zu formulieren und damit begründete Anfragen und Ängste nicht ernst zu nehmen. Selbstkritisch sage ich das auch mit Blick auf manche Stellungnahme aus evangelischen Kirchen, die mit der Bugwelle moralischer Überheblichkeit daherkam. Wir sollten unsere Haltung kritisch prüfen und sie tiefer in einer theologischen Grundüberzeugung verankern, die religionsübergreifend, weltweit und über den Augenblick hinaus denkt. Der Hinweis auf Nächstenliebe trägt die individuelle Überzeugung und begründet einen persönlichen Auftrag. Doch die ethische Grundlegung für unseren Umgang mit Menschen in Not in unserem Land hat einen weiteren Horizont.

Johann Baptist Metz hat bereits 1980 warnend auf die Privatisierung bürgerlich-gläubiger Praxis hingewiesen, die den Gesellschaftsbezug zunehmend ausblendet. Kirchliche Rituale dienen zunehmend dem eigenen Leben und den Familien-, Vereins- und Dorffeiern. Wir müssen darauf achten, dass kein Riss entsteht zwischen den Tugenden des Christentums wie Umkehr und Nachfolge, Liebe und Leidensbereitschaft und der heutigen Lebensorientierung, die sich an Autonomie, Besitz, Stabilität und Erfolg ausrichtet: „Unter dem Schein der geglaubten Umkehr und der geglaubten Nachfolge etabliert sich – in einer ihm selbst nicht bekömmlichen Fraglosigkeit – das bürgerliche Subjekt mit seinen Interessen und seiner Zukunft.“²

Hier setzt die Verantwortung und Haltung an, die wir über den Aspekt der Nächstenliebe hinaus als Christinnen und Christen in die aktuelle Diskussion tragen können. Wir stehen in der Verantwortung für globale Fluchtursachen. Unsere Hilflosigkeit gegenüber Diktaturen im Mittleren Osten und kriegerische Interventionen in den vergangenen 25 Jahren in dieser Region, unsere Handelsbeziehungen, unser Umweltverhalten haben mit dazu beigetragen, dass mittlerweile 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht sind – von denen sich 95% im außereuropäischen Bereich aufhalten. Es geht in der Flüchtlingsarbeit nicht um situative Mildtätigkeit, sondern um das Tragen der Konsequenzen unseres eigenen Verhaltens, unserer Politik. Es geht auch um ein globales Bewusstsein, das sich gegen Geschichtsvergessenheit wehrt. Erinnern wir an die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Damals siedelte der Lutherische Weltbund gemeinsam mit dem Roten Kreuz mehr als 100.000 Ungarn weltweit um und half ihnen, eine neue Heimat zu finden. Heute verweigert Ungarn die Aufnahme von Flüchtlingen, als habe es seine eigene Geschichte vergessen. Das müssen wir deutlich ansprechen. Kirche versteht sich als Überbringerin einer Freiheitsbotschaft, die in der Geschichte verankert ist und sich durch den Glauben an das Reich Gottes nährt. Die Erinnerung an Heimatlosigkeit und Angewiesenheit auf Gottes Hilfe als Tenor allen menschlichen Lebens stellen jede verbürgerlichte Religiosität in Frage. Das Bewusstsein tiefer Verbundenheit der kirchlichen Gemeinschaft mit der gesamten Menschheit ungeachtet der Religionsgrenzen ist die Grundlage dieser Haltung. Dr. Martin Junge, Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, hat beim Parlamentarischen Abend der Konföderation evangelischer Kirchen im April deutlich auf diesen globalen Kontext hingewiesen: „Die Menschenrechte sind und bleiben, über die Grenzen der Religionen hinweg, die gemeinsame Sprache der

² Johann Baptist Metz: Messianische oder bürgerliche Religion? In: Ders.: Jenseits bürgerlicher Religion. Reden über die Zukunft des Christentums. München, 1980, S. 9-28, 13.



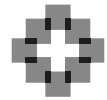
Menschheitsfamilie, mit denen den Menschen betreffende Herausforderungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht und gemeinsam angegangen werden können.“ Es muss um eine gerechtere und friedlichere Welt gehen, um den Shalom, von dem die Hebräische Bibel berichtet (zum Beispiel in Ps. 85, 10f „Doch ist ja seine Hilfe nahe denen, die ihn fürchten, dass in unserem Lande Ehre wohne; dass Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ oder in Jes. 11, 6: Friede ist der Zustand, wo „der Wolf bei den Lämmern wohnt und die Panther bei den Böcken lagern. Ein kleiner Knabe wird Kälber und junge Löwen und Mastvieh miteinander treiben.“)

4. Glaubwürdigkeit und konsequentes Handeln

Wir führen eine Debatte über einen Gesellschaftsvertrag in einem multireligiösen und multikulturellen Land. Die immer wieder aufgerufenen strittigen Punkte wie „Gehört der Islam zu Deutschland oder nicht?“, „Sind wir eine Einwanderungsgesellschaft, ja oder nein?“ zeichnen nur beispielhaft unterschiedliche Perspektiven nach. Welche Grundsätze sollen Personen und Institutionen für die Grundstruktur einer Gesellschaft in der Gegenwart und Zukunft tragen? Diese Debatte bewegt auch die Kirche und sie berührt auch das Bild der Kirche. Denn jede Theorie des Friedens und der Gerechtigkeit muss der Rolle von Institutionen einen wichtigen Platz einräumen. In der Lösung der Frage, wie eine Gesellschaft gerecht wird, wie sie friedlich bleibt, geht es nicht allein um individuelle Einschätzungen, sittliche Gebote oder faire Kontrakte, sondern um Institutionen, die diese Kontrakte einhalten und um Einrichtungen, die kollektive Willenserklärungen bündeln, im Gespräch halten und einen Konsens tradieren.

Wenn in manchen theologischen Betrachtungen aus guten Gründen auf die Relativierung des Institutionscharakters der Kirche Bezug genommen wird und viele fordern, wir müssten eine Organisation werden, also flexibler, schneller, effizienter, dann sollten wir aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Selbst dezidierte Freiheitstheoretiker berufen sich auf die Notwendigkeit von Institutionen.³ Die evangelische Kirche ist eine Institution und zugleich aus einem antiinstitutionellen Affekt heraus entstanden. Martin Luthers Kritik an der Kirche bestand darin, dass sie ihrem eigentlichen Grundauftrag nicht folgte und in Erstarrung, Machtgelüsten und imperialer Auslegungsdominanz den Glauben der Menschen fest an die Vermittlung durch die Institution Kirche knüpfte. Die permanente Selbstkritik an ihrer Institutionalität bleibt also unserer Kirche eingeschrieben. Doch gerade weil die evangelische Kirche keine Heilsgestalt ist und eine geschichtliche Form hat, bleibt sie eine verlässliche Auslegungsgemeinschaft und eine Institution der Freiheit. So kann sie dem menschlichen Handeln auch stabilisierende Funktion geben, indem sie Leitlinien stiftet, Chancen für einen sozialen Konsens eröffnet und Voraussetzungen für wechselseitige Abstimmung vermittelt. Sie gibt damit subjektiven Motivationen und Einstellungen eine innere Leitarchitektur, die Menschen vom permanenten Entscheidungszwang befreien kann und damit dynamisierend wirkt.

³ Balf Dahrendorf, Auf der Suche nach einer neuen Orientierung, München 2003



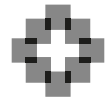
Was kann die Aufgabe einer solchen Kirche sein? Die Kirche rechnet mit dem Einbrechen des Reiches Gottes, mit der Wiederkunft des Herrn, und nimmt gerade auf dem Hintergrund dieser Hoffnung die gesellschaftliche Verantwortung wahr und handelt im Hier und Jetzt! Und meine Frage nach den Ereignissen der letzten 18 Monate lautet ganz schlicht: Handeln wir eigentlich konsequent genug? Ist die Reichweite unserer Entscheidung ausreichend? Wir bleiben immer schuldig in unserem Tun, gewiss. Und bedienen uns oftmals leichtfertig einer billigen Gnade, die Dietrich Bonhoeffer mit den Worten beschreibt: „Billige Gnade heißt Rechtfertigung der Sünde und nicht des Sünders. Billige Gnade ist Predigt der Vergebung ohne Buße, ist Taufe ohne Gemeindegerechtigkeit, ist Abendmahl ohne Bekenntnis der Sünden ist Absolution ohne persönliche Beichte. Billige Gnade ist Gnade ohne Nachfolge“. Mich belastet fortwährend die Glaubwürdigkeitslücke in meinem eigenen Leben. Wieviel tue ich, um klimagerecht zu leben? Wieviel teile ich von dem, was mir anvertraut ist? Wem gebe ich Herberge? Aber auch: Lebe ich aus der Buße und Umkehr? Es geht bei den entscheidenden Fragen doch nicht um einen schmerzlosen Verzicht, sondern um ein Teilen, das schmerzt. Reichen die Mittel, die wir als Kirche in die Hilfe für andere Menschen investieren, die aus Not ihre Heimat verlassen? Diese Frageliste wird jede und jeder von uns spielend verlängern können.

Zudem denke ich auch über unsere gesellschaftspolitische Rolle nach. Wo und wie verbinden wir eine demokratische Gesellschaft wieder, die sich in großer Spannung polarisiert? Dazu eine praktische Idee: Wir planen, Dialog-Foren in einigen Kirchenkreisen im Herbst anzubieten. Zehn Kirchenkreise haben sich schon dazu bereit erklärt, bei diesem Projekt mitzuarbeiten. Menschen aus den umliegenden Dörfern oder den städtischen Quartieren werden in Kirchen eingeladen, um das Gespräch miteinander zu führen über die Sorgen, die sich bei der Integration der neuen Mitbürger ausbreiten. Das werden, so hoffe ich, schon Foren sein, die die Vielfalt in unserer Gesellschaft abbilden – Menschen mit Sorgen und Angst und mit Barmherzigkeit und Offenheit, vielleicht, ja, hoffentlich sogar mit der Teilnahme von Flüchtlingen. Als Institution der Freiheit ist es unser Auftrag, eine Kommunikation zu eröffnen, die letztlich auch die Demokratie mit ihren Freiheitsrechten schützt. Das ist ein Versuch, der sich besonders bemüht, auch die Menschen in ein Gespräch miteinander zu bringen, die sich momentan scheinbar nichts mehr zu sagen haben. Es gibt besonders in diesem Kontext eine scheinbare kirchliche Sicherheit in der Beurteilung von AfD-Mitgliedern, die mich verunsichert. Deshalb nur ein paar Bemerkungen im Blick auf die Partei „Alternative für Deutschland“.

5. AfD – Ringen um den richtigen Umgang

„Die Kirchen ringen um den richtigen Umgang mit der «Alternative für Deutschland»“, so hieß es schon vor einigen Monaten in der Überschrift eines epd-Artikels und darunter: „Noch suchen evangelische Landeskirchen und katholische Bistümer Antworten darauf, wie sie mit der AfD und deren Positionen umgehen sollen. Die Debatte ist schon deshalb heikel, weil viele Parteianhänger zugleich bekennende Christen sind.“

Die Wogen schlagen hoch, wobei es einige markante Debatten gibt: Im Februar wurden AfD-Politiker offiziell vom Kirchentag in Leipzig eingeladen. Der Präsident



des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Thomas Sternberg, begründete die Entscheidung damit, dass sich die AfD „mit ihren Äußerungen der vergangenen Tage aus dem demokratischen Konsens verabschiedet“ habe. Es ist interessant, dass in der ideologisch ganz und gar unverdächtigen Wochenzeitung „Christ & Welt“ dazu zwei kontroverse Beiträge erschienen. Laura Díaz fand die Entscheidung unnötig ausgrenzend und das Sternberg-Argument rein politisch, aber für eine Glaubensfrage nicht passend. Sie baut darauf, dass durch Diskussionen vielleicht das ein oder andere verirrte Schaf zurück gewonnen werden könne. Darauf antwortete Andreas Püttmann mit dem Argument, dass die Kirche den Rechtspopulisten erst gar keine Plattform bieten dürfe und Kirchengremien „Distanz zu Staatsverderbern“ halten müssten.

Im April sagte der Berliner Bischof Markus Dröge, dass im Einzelfall entschieden werden müsse, ob AfD-Mitglieder in Kirchenämter gewählt werden können. Die Entscheidung hänge von deren Lebensführung ab. Wer sich „öffentlich und nachweislich menschenfeindlich geäußert“ habe, dem könne die Aufnahme in die Wahllisten zu Gemeindekirchenräten verwehrt werden. Diese Debatte kommt voraussichtlich auch auf unsere Landeskirche zu, wenn die Kirchenvorstandswahl im Frühjahr 2018 ansteht.

Für mich ist die Treue zum Grundgesetz der Schlüssel für die Debatten um die AfD, die oft eine Gratwanderung zwischen politischer und theologischer Argumentation sind. Es ist immer wieder wichtig zu betonen, dass die Kirchen ganz klar und unverbrüchlich zur Trennung von Kirche und Staat und zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres Landes und damit zur Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sowie der ungestörten Religionsausübung stehen. Deshalb erwarten wir – gerade auf dem Hintergrund der Trennung von Kirche und Staat – von allen Parteien, Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften, dass sie sich ohne Einschränkung zum Grundgesetz und damit zum liberalen Rechtsstaat bekennen. Die kirchliche Stellung zur AfD entscheidet sich also – genauso wie zu allen anderen Parteien und Weltanschauungsgemeinschaften – an den grundlegenden Artikeln des Grundgesetzes. Um nur drei zu nennen: Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

Daran sind Parteiprogramme zu messen. Doch das ist für mich nur die eine Seite. Noch wichtiger ist eine andere. Christinnen und Christen werden aufgrund ihres Glaubens Haltung zeigen gegen jede Form von Menschenverachtung, Rassismus und Unfreiheit. Sie werden niemanden verachten oder verdammen. Sie werden Räume für den Dialog und die Versöhnung öffnen und unabhängig von politischen Zugehörigkeiten das Wort Gottes ausnahmslos an alle Menschen richten. Wir bleiben auf der Suche nach den Verlorenen. Diese Haltung hefte ich nicht an Parteiprogramme, sie ist eine Entscheidung des Gewissens. Martin Luther steht beispielhaft für die Schärfung des Gewissens durch die Ausrichtung allein am Wort Gottes, so wie es etwa in Römer 12,2 steht: „Und stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes, damit



ihr prüfen könnt, was Gottes Wille ist, nämlich das Gute und Wohlgefällige und Vollkommene.“

Sowohl von linksextremistischen Gruppen bis zu rechtsextremen Kreisen gibt es Äußerungen, die klar zu verurteilen sind, weil sie diese grundlegenden christlichen Haltungen missachten. Für mich ist jedoch vor allem der einzelne politische Bürger mein Gegenüber.

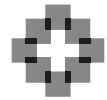
Beunruhigend ist, was das Magazin der Süddeutschen Zeitung vor kurzem (13.5.2016) unter der Überschrift „Wir köpfen dich“ als Tendenz berichtete. Wer für Flüchtlinge und religiöse Toleranz eintritt, so heißt es dort, zieht mitunter Hass auf sich – inzwischen sind auch Pfarrerinnen und Pfarrer immer wieder Ziele rechtsextremer Angriffe. Einer der porträtierten Betroffenen ist unser Pastor Wilfried Manneke, dessen schlimmstes Erlebnis ein nachts auf sein Haus geworfener Molotow-Cocktail war. Dazu gehört auch, dass Pastor Manneke als Vorsitzender des Kirchenvorstands wegen Gewährung eines Kirchenasyls angezeigt worden ist – das gab es in unserer Landeskirche seit zehn Jahren nicht mehr. Gegen Zahlung einer Geldauflage wurde das Verfahren eingestellt. Der Anzeige-Erstatter hat dagegen inzwischen über zwei Instanzen Widerspruch eingelegt, in der Lokalzeitung gibt es erhitzte Leserbriefe. Wir müssen überlegen, wie wir zukünftig mit solchen Fällen und insgesamt mit der veränderten Situation umgehen.

Jedenfalls können wir Pastor Manneke hier an dieser Stelle ausdrücklich die Solidarität und Unterstützung seiner Landeskirche zusagen!

6. Endlagerkommission

Es gab einen Auftrag, der mich in den vergangenen zwei Jahren intensiv beschäftigt hat: die Mitgliedschaft in der Endlagerkommission. Ende Juni wird diese Kommission ihren Bericht fertigstellen und dem Deutschen Bundestag übergeben. Es ist das Ziel, das Auswahlverfahren für eine Atommülldeponie so zu beschreiben, dass daraus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wird. Wir orientieren uns dafür an Sicherheit, Wissenschaftlichkeit, Transparenz und Beteiligung. Weil Beteiligung und Transparenz schon während der Kommissionsphase zum Tragen kommen sollten, hat sich die Kommission um verschiedene Beteiligungsformen bemüht. Ein Beispiel dafür ist, dass junge Erwachsene als ständige Gäste mit Rede- und Antragsrecht beteiligt waren und Impulse von ihnen Eingang in den Kommissionsbericht finden werden.

Trotz solcher Bemühungen ist jedoch schon heute absehbar, dass die Reaktionen auf die Kommissionsempfehlungen sehr unterschiedlich ausfallen werden. Was die einen als aufwendiges Ergebnis eines interdisziplinären Austauschs sehen, wird von anderen als untauglicher Versuch abgelehnt. Der Kommission wird es – kurz gesagt – mit dem Bericht nicht gelingen, die gesellschaftliche Spaltung im Hinblick auf ein Endlagerkonzept aufzulösen. Unerfüllte Erwartungen auf umfassendere Beteiligungsrechte, mehr Zeit und den Ausschluss von Lebens aus dem Verfahren haben zur Ablehnung der Kommission z.B. durch die BI im Wendland geführt. Andere glauben, dass die Kommission schon jetzt ein Beteiligungsmodell erarbeitet hat, das die Grenzen des Machbaren und Durchhaltbaren sprengen wird.

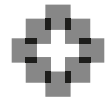


Dennoch war die Arbeit der Kommission kein gescheiterter Versuch. Sie ist an Grenzen gestoßen, wo es um die Frage ging, wie kleinteilig und konkret man heute für einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten planen kann. Niemand weiß, welche wissenschaftlichen Kenntnisse wir in ein oder zwei Generationen haben werden und wie sich unsere repräsentative Demokratie weiterentwickelt. Zum Ende der Beratung ging es dann doch noch einmal um die Frage, ob Gorleben aus politischen Gründen aus dem Verfahren genommen wird, wie einer der Co-Vorsitzenden in einem Papier gefordert hat. Doch es war eine der Bedingungen für den Ausstieg aus der Kernenergie, dass bei den Beratungen über einen Standort in Deutschland Gorleben nicht vorher aus politischen Gründen ausgeschlossen wird. Meine Hoffnung bleibt, dass aus wissenschaftlichen Gründen in einem vergleichenden Verfahren, wie es vorgeschrieben ist, Gorleben zu einem späteren Zeitpunkt herausfallen wird.

Ein glaubwürdiges Endlagerkonzept muss Startschuss für ein Jahrhunderte dauerndes technisches Projekt sein, welches für hunderttausend Jahre wirkende Gifte eine sichere Verwahrung sucht. Sowohl die technischen Weichenstellungen als auch die Bürgerbeteiligungen sind lernende Prozesse.

An vielen Stellen der Kommissionsarbeit ist deutlich geworden, dass die Suche nach einem Deponiestandort für hochradioaktiven Müll sich nicht über übliche Alltagspolitik abwickeln lassen wird. Es braucht ein besonderes Interesse der Gesellschaft am Gelingen. Für mich hat die Endlagerfrage angesichts der drohenden Gefahren z.B. bei einer unkontrollierten und unkontrollierbaren Freisetzung von Radioaktivität etwas vom ethischen Rang der Friedensfrage oder der Frage nach Gerechtigkeit. Und ich wünsche mir für die Zukunft von der Gesellschaft ebenso viel Leidenschaft und politisches Begehren für die Deponiefrage, wie es friedens- oder gerechtigkeitsbewegte Mitmenschen für ihre Sache an den Tag legen.

Drei kleine Lehrstücke möchte ich aus dieser Arbeit benennen. Niemand bezweifelt, dass wir mit der Entwicklung der Kernspaltung als Menschen unglaubliche Möglichkeiten gewonnen haben. Ich erinnere mich noch gut an ein Jugendbuch der 70iger Jahre, in dem fasziniert von der friedlichen Nutzung der Kernenergie geträumt wurde, mit Bildern, dass wir im Jahr 2000 alle mit kleinen atomgetriebenen Autos fahren würden. Was dereinst als positiver Fortschritt gelobt wurde, hatte von Beginn an eine Schattenseite, die die Vernichtung der bewohnten Welt durch den Menschen möglich werden ließ. Die Ereignisse in Tschernobyl und Fukushima haben die katastrophalen Auswirkungen einer solchen Technologie gegenwärtig gemacht. Im Leitbild der Endlager-Kommission ist deshalb auch die Rede davon, dass sie sich an das Vorsorgeprinzip bindet. Vermutlich ist nicht jedem sofort klar, was das bedeutet. Dieses Vorsorgeprinzip fordert eine Orientierung an den möglichen Auswirkungen des menschlichen Handelns. Die mit bester Absicht gestarteten wissenschaftlichen Entwicklungen zeigen zum Teil erst viele Jahre nach ihrem Einsatz verheerende Konsequenzen für die Gesundheit der Menschen oder die Natur. Es geht um die Vermeidung von Gefahren. Die Folgenabschätzung wissenschaftlicher und technologischer Entwicklung wird damit zu einer zentralen Aufgabe. Seit dem Entwurf von Hans Jonas ist die verbindliche Betrachtung der Möglichkeit zukünftigen menschlichen Lebens eine Grundaufgabe. Die Erhaltung des menschlichen Lebens in der Zukunft muss dazu führen,



dass man nicht zuerst von den positiven, sondern von den negativen Möglichkeiten auf die Entwicklungen der Forschungen und Technologien schaut. Eine Ethik der Furcht. Beispielhaft kann man bei der Verlängerung der Zulassung von Glyphosat als Unkrautvernichtungsmittel eine solche Debatte erleben. Dieses Mittel hat enorme Vorteile in der Anwendung, aber vielleicht auch, bisher ist das noch umstritten, auch für die Gesundheit des Menschen, es könnte krebserregend sein. Das precautionary principle, welches erstmalig in der Deklaration über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 auftauchte und kurze Zeit später im Maastricht-Vertrag fixiert wurde, fordert: „Zum Schutz der Umwelt wenden die Staaten im Rahmen ihrer Möglichkeiten weitgehend den Grundsatz der Vorsicht an. Drohen schwerwiegende oder bleibende Schäden, so darf ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit kein Grund dafür sein, kostenwirksame Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltverschlechterungen aufzuschieben.“⁴ Schnell könnte man kurzschlüssig eine Liste aufstellen von wissenschaftlichen und technologischen Innovationen, von den Impfstoffen gegen Tollwut und Pocken bis zur Erfindung des Autos oder des Flugzeugs, die vielleicht unter einer solchen Maßgabe niemals entwickelt worden wären. Doch es geht bei diesem Prinzip nicht um ein Entweder-Oder-Verfahren, sondern um die kritische und abgewogene Debatte, ob diese Entwicklungen das Überleben der Schöpfung und damit auch der Menschen zukünftig massiv gefährden könnten. Eine strikte Anwendung des Vorsichtsprinzips wird vermutlich niemals realisiert werden, was richtig ist, da verantwortlich die Zukunft zu gestalten immer ein konkreter Abwägungsprozess sein wird. Doch zugleich müssen wir erkennen, dass Technologien und Naturwissenschaften immer mit bestimmten menschlichen Interessen entwickelt und eingesetzt werden. Es gibt sie nicht wertfrei. Interessen gehen ihnen voraus und nehmen sie in den Dienst. Welche Interessen und Werte bestimmen die Zivilisationen? Der Wille zum Fortschritt und zur Macht trieb den Menschen zur Beherrschung der Natur und damit zur Zerstörung der Schöpfung.

Man kann aus einer solchen Ethik der Furcht ein Angstprinzip konstruieren, welches jede Zukunftshoffnung vernichtet. Doch das muss nicht die Konsequenz sein. Die erste theologische Einsicht, die hinter dem Vorsichtsprinzip steht, ist die demütige Erkenntnis, dass der Mensch mit seinen Möglichkeiten nicht das Maß aller Dinge ist. Wir sind eingewoben in eine Mitwelt, in der nicht der Mensch, sondern die ganze Erde als Gottes Schöpfung das Maß ist. „Vor Gott dem Schöpfer sind die gegenwärtigen und die zukünftigen Generationen und alle lebendigen Wesen bei aller Verschiedenheit Partner desselben Gottesbundes und damit Träger gleicher Würde und je eigener Rechte.“⁵

Wie weit der Weg ist, diese Erkenntnis durchzusetzen, zeigen die vielfältigen Diskussionen über die friedliche Nutzung der Kernenergie. Die Entscheidung, aus dieser Technikform auszusteigen wird nur von den wenigsten Ländern der Erde geteilt. Auch in der EU wird der Ausbau dieser Technologie weiterhin diskutiert, obwohl noch kein Land gezeigt hat, wie eine sichere Endlagerung des radioaktiven Abfalls gelingen kann.

⁴ Wolfgang Huber, Ethik, die Grundfragen des Lebens. München 2013, S. 253

⁵ Jürgen Moltmann, Ethik der Hoffnung, Gütersloh 2010, S.163

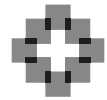


Die zweite Lehre aus meiner Arbeit mit der Kommission: Transparenz schafft kein Vertrauen. Ich habe bisher in keinem Gremium mitgearbeitet, in dem alles wörtlich protokolliert wird und zudem die Sitzungen im Parlamentsfernsehen übertragen und in einer Mediathek archiviert werden. Der Hintergrund ist klar: Die Auswahl des Standorts Gorleben verlief intransparent. Gorleben ist ein Symbolort des Scheiterns in der Endlagersuche und dort wurde massiv Vertrauen in Politik und Wissenschaft verspielt. Das will man nun beim neuen Versuch vermeiden. Ein Entscheidungsprozess zur Auswahl eines sicheren Endlagers braucht eine außergewöhnliche Transparenz, ohne Zweifel. Darin legitimiert sich ein faires und gerechtes Verfahren. Doch es ist ein Irrtum, wenn man glaubt Transparenz schaffe Vertrauen. Ich halte das für eine gefährliche Überschätzung. So zwingend notwendig Öffentlichkeit für politische Entscheidungen ist, so wichtig sie ist, um Informationen und Hintergründe zu beurteilen und einzuschätzen, so wenig schafft sie grundsätzlich Vertrauen. Transparenz kann Vertrauen geradezu zerstören und in eine Kontrollgesellschaft münden. Jeder weiß, dass Vertrauen zwischen Menschen nicht in der Geheimnislosigkeit und völligen Transparenz entsteht. Vertrauen zwischen Menschen braucht den Schutz des Vertrauens. Der wird übrigens innerhalb der Kirche auch ganz praktisch sichtbar im Beicht- und Seelsorgegeheimnis. Es braucht das Verborgene, in dem die Worte von Gott und dem Gegenüber gehört werden, und sonst von niemandem.

Die dritte Lehre aus der Arbeit. Wir brauchen auch innerhalb der Kirche neue Formen der Beteiligung. Wir haben im vergangenen Jahr mehr aus Hilflosigkeit eine interessante Form der Beteiligung initialisiert: die Befragung in den Generalkonventen über den Brief des Bischofs an alle Kirchenmitglieder. Die Reaktion war mehrheitlich so eindeutig, dass wir dieses Projekt erst einmal aufgeschoben haben. Nun erfolgt zurzeit eine Befragung zur Kommunikation. Ein Fragebogen ist versandt worden um Hinweise für das Kommunikationskonzept, vor allem auch für die Formate zu bekommen, mit denen wir auf die veränderten Mediengewohnheiten reagieren können. Es gibt eine sehr hohe Beteiligung an der Umfrage: Über 1.300 Menschen haben bereits teilgenommen. Die Kommunikationsfachleute sagen uns, dass das im Verhältnis zur Gesamtzahl der Befragten ein beeindruckend hoher Prozentsatz ist.

Für mich sind aus der zweijährigen Diskussion innerhalb der Endlagerkommission viele Fragen der Beteiligung erwachsen. Es ist unübersehbar, dass es eine neue Dynamik in zivilgesellschaftlicher Beteiligung gibt, die vor zwei Generationen noch völlig undenkbar gewesen wäre. Eltern gründen Schulen, Nachbarschaften verhindern Baupläne, Interessierte boykottieren Ansiedlungen. Egal ob Straßenbau, Energieversorgung oder Bildungsfragen: Menschen wollen viel mehr Informationen über politische Entscheidungen und sie wollen mitreden und mitentscheiden. Es wird von der „neuen Macht der Bürger“⁶ gesprochen. Die Zivilgesellschaft erhält und nimmt sich Mitsprache- und teilweise Mitentscheidungsrechte, die teilweise die Funktion der repräsentativen Demokratie berühren. Wie weit sind solche Entscheidungsrechte außerhalb der politischen Ebenen etabliert? Ich betrachte dieses Phänomen auf dem Hintergrund unserer kirchlichen Organisation und Entscheidungswege, aber auch auf der erlebten Mitgliedschaft und ihren Mitsprachemöglichkeiten. Ich glaube immer noch, dass wir ein außergewöhnlich komplexes und

⁶ Die neue Macht der Bürger, Was motiviert die Protestbewegung, Hamburg 2013



in manchen Punkten auch suboptimales System kirchenleitender Organschaften innerhalb unserer Kirche haben. Wir erleben, dass viele Kirchenglieder oftmals zögern, sich in unseren klassischen Beteiligungsformen zu engagieren. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Kirchenvorstandsarbeit wird trotz großer Werbung nicht signifikant größer. Sich für sechs Jahre in der Kirchenbinnenorganisation zu binden, erscheint vielen nicht reizvoll. Innerhalb von Projekten allerdings, wenn sie als sinnvoll erlebt werden, gibt es – die Flüchtlingshilfe zeigt es ebenso wie das Engagement bei den Tafeln – ausreichende ehrenamtliche Unterstützung. Die Glaubwürdigkeit unserer Landessynode ist hoch. Doch reicht sie, dass sich bei wichtigen Fragen der Kirche 2,7 Millionen Kirchenmitgliedern hinreichend durch sie repräsentiert fühlen? Ich könnte mir vorstellen, dass wir probeweise für drei Jahre jeweils jährlich zu wichtigen Fragen, die die Landessynode auswählt, unsere Kirchenmitglieder befragen. Nicht, um nur ein Meinungsbild zu erhalten, sondern um eine Position zu erfahren, der sich die Kirche auch anschließt.

Das klassische Feld der Bürgerbeteiligung in den Gemeinden ist die Kirchenvorstandsarbeit, die derzeit auf die Kirchenvorstandswahl 2018 zugeht. Nach der Wahl 2012 haben mehrere Landeskirchen gemeinsam beim Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD eine Studie zur Wahl in Auftrag gegeben. Diese hat gezeigt, dass unsere Landeskirche im Blick auf die Kirchenvorstandsarbeit gut aufgestellt ist und die Wahlbeteiligung im Vergleich gut war, auch wenn sie im Vergleich mit anderen demokratischen Wahlen sehr ernüchternd, um nicht zu sagen erschütternd aussieht. Eine bleibende Herausforderung bleibt, genug Kandidatinnen und Kandidaten zu finden (allerdings gab es 2012 dann doch nur zwei Gemeinden, bei denen das bis zum Wahltermin nicht gelang). Speziell zur Unterstützung der Suche und Motivierung von Kandidatinnen und Kandidaten hat deshalb der Arbeitsbereich Gemeindeleitung im HkD eine Arbeitshilfe erstellt, die bald in die Gemeinden geht. Zur Wahl selbst gibt es eine deutliche Änderung: künftig können Kirchenkreise den Wahlmodus komplett auf Briefwahl umstellen. Auch elektronische Wahlmöglichkeiten sollten meiner Meinung nach eröffnet werden.

Ich wünsche mir sehr, dass wir das Thema weiter verfolgen und neue innovative Modelle für die Kirchenvorstandswahlen und das darin enthaltene Moment der Mitentscheidung entwickeln.

7. Ordination – Landeskirchlicher Generalkonvent 2017

Liebe Schwester / lieber Bruder,

du hast gehört, was uns im Hirtenamt und im Dienst der Verkündigung aufgetragen ist.

Darum frage ich dich:

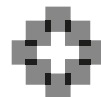
Bist du bereit, das Evangelium von Jesus Christus zu predigen und zu lehren, wie es in der Heiligen Schrift gegeben und im Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist?

Ja. Ich bin bereit.

Bist du bereit, der Gemeinde mit Taufe und Abendmahl, wie sie Christus eingesetzt hat, zu dienen, zum Lobe Gottes und zum Heil der Menschen?

Ja. Ich bin bereit.

Bist du bereit, die seelsorgliche Verschwiegenheit und das Beichtgeheimnis zu



wahren und denen Vergebung zuzusprechen, die im Glauben darum bitten?

Ja. Ich bin bereit.

Bist du bereit, Einsame und Kranke zu besuchen, Sterbenden beizustehen, Menschen in Notlagen zu helfen und für Frieden und Versöhnung zu wirken?

Ja. Ich bin bereit.

Bist du bereit, die Ordnungen unserer Kirche zu achten, dich für den Zusammenhalt der Gemeinde und für die Einheit der Kirche Jesu Christi einzusetzen?

Ja. Ich bin bereit.

Bist du bereit, dich selbst im Glauben stärken zu lassen durch tägliches Beten und das Lesen der Heiligen Schrift, deine Kenntnisse zu vertiefen und für dich Seelsorge in Anspruch zu nehmen?

Ja. Ich bin bereit.

Bist du bereit, in der Nachfolge Jesu Christi jederzeit so zu leben und zu wirken, wie es deinem Auftrag entspricht?

Ja, dazu helfe mir Gott durch Jesus Christus in der Kraft des Heiligen Geistes.⁷

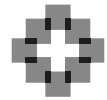
In der ausführlichen Version der Ordinationsfragen nach unserer Agende gibt der oder die zu Ordinierende ein siebenmaliges Ja zur Bereitschaft, in dieser Ordination zu arbeiten und zu leben.

Der Begriff des geistlichen Amtes ist im Protestantismus zu aller Zeit voller Spannungen und in ständiger Bewegung gewesen. Bereits Robert Leuenberger steigt in seine Betrachtungen zu Dienst und Berufung in seinem Buch „Berufung und Dienst. Beitrag zu einer Theologie des evangelischen Pfarrerberufes“ von 1966 zu Recht gleich zu Beginn mit der Frage ein, ob es vor dem Hintergrund des reformatorischen Priestertums aller Gläubigen nicht fragwürdig sei, das geistliche Amt gesondert und herausgehoben zu betrachten.⁸ Verkündigung und Bezeugung des Evangeliums in Wort und Tat ist das allgemeine Amt der Kirche (CA VII). Das geschieht in Wort und Sakrament, in Seelsorge und Nächstenliebe, in verantwortlicher Verwaltung und juristischen Entscheidungen, in Kunst und Kultur, in Bildung und Diakonie, in Ökumene und interkonfessionellen Positionen. Alle kirchlichen Berufsgruppen und alle Ehrenämter in der Kirche haben Teil an dieser gemeinsamen Aufgabe. Das meinen wir, wenn wir vom „Priestertum aller Getauften“ sprechen. Es findet Ausdruck in ehrenamtlichem Engagement und verschiedenen Berufsgruppen und Beauftragungen in der Kirche. Nur gemeinsam können wir die „Botschaft von der freien Gnade Gottes ausrichten an alles Volk“. (Barmer Theologische Erklärung, These VI)

Zugleich bin ich davon überzeugt, dass das allgemeine Amt der Kirche im lebenslangen Amt der Pfarrerin und des Pfarrers eine besondere Gestalt einnimmt. Die Kirche ist als Menschenwerk, als Organisation unterwegs in der Zeit – mit allem, was das an sachlichen Zwängen und an Gestaltungsverantwortung einschließt; zugleich aber ist sie als Gotteswerk, als *creatura verbi* in der Welt – und wir sind verpflichtet, von der Bibel her zu bestimmen, was sie ist und sein soll. Das Pfarramt nimmt eine eigene Stellung in der kirchlichen Dienstgemeinschaft ein, die

⁷ Berufung – Einführung – Verabschiedung, Agende IV, Teilband 1 der VELKD für die evangelisch-lutherischen Kirchen und Gemeinden, Hannover/Bielefeld 2012, S. 47f.

⁸ Robert Leuenberger, Berufung und Dienst. Beitrag zu einer Theologie des evangelischen Pfarrerberufes, Zürich, 1966, S. 10



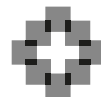
ihren Ausdruck im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis und in der lebenslangen und lebensumfassenden Berufung findet. Das Ordinationsversprechen ist ein Lebensversprechen. Überblickt man die Diskussion um Pfarrberuf und Pfarrerbild, so zeigt sich, dass sie konzentriert organisationstheoretisch und berufssociologisch geführt worden ist – bezogen eben auf Kirche als Organisation. Die protestantische Bestimmung der Ordination liegt ein halbes Jahrtausend zurück. Die Welt, in der dieses Ordinationsverständnis sich bewähren muss, hat mit dem Zeitalter der Reformation nicht mehr viel zu tun. Teilzeitdienstverhältnisse, der zeitweilige Ausstieg aus einer von der Ordination bestimmten Biografie, ehrenamtliche Ausübung der Formen durch die Ordination verliehenen Rechte, der völlig veränderte Öffentlichkeitsbegriff, in dem die Kirche nicht mehr das Monopol der öffentlichen Rede hat sowie Überlegungen zur eigenen Standortbestimmung stellen viele Fragen an unser heutiges Ordinationsverständnis und damit an das Selbstverständnis von Ordinierten.

In dieser Frage hat sich, auch durch die Entscheidung auf der letzten Tagung der Landessynode, innerhalb unserer Kirche eine Spannung ergeben, weil die Zulage zur Alimentation der Superintendenten nach Ablauf des dritten Dienstjahres im Superintendentenamts innerhalb des Pastorenausschusses auf Kritik gestoßen ist, mit – wie ich finde – etwas übergewichtigen Argumenten. Es bedarf einiger Gespräche, dass nach der Wiedereinführung von A 14 für den Pastorenberuf ab der zwölften Dienstaltersstufe nun durch die Entscheidung der Landessynode die Gemeinschaft der Ordinierten von der Pastorin im Entsendungsdienst bis zum Bischof nicht gefährdet wird. Die Planung für den vom Bischofsrat vorgeschlagenen Landeskirchlichen Generalkonvent am 20. September 2017 im HCC wird sich auch der Ordination widmen.

8. Jahr des Auftankens

Wer viel durch Kirchengemeinden reist und Zeit hat, mit ehrenamtlich oder beruflich in der Kirche Tätigen zu sprechen, wird fast täglich herausgefordert, zu der Frage Stellung zu beziehen: Wie soll das weitergehen? Es wird alles zu viel und zu komplex. Mehr geht doch nicht.

Das ist nicht nur bei uns in der Kirche so, sondern ich erlebe, dass in ganz vielen Bereichen Beschleunigung als Überforderung erlebt wird. Immer schneller, immer mehr und in immer kürzerer Zeit. Abläufe werden mit technischer und elektronischer Hilfe beschleunigt. Wissensbestände stehen innerhalb von wenigen Mausklicks zur Verfügung. Technische Entwicklungen verkürzen Fertigungszeiträume und beschleunigen alltägliche Arbeitsvorgänge auf ein Minimum. Zeit ist Geld. Doch nicht nur technische Abläufe beschleunigen sich, sondern auch in sozialen Beziehungen scheint es eine Beschleunigung zu geben. In den Pflegeberufen wird über unmenschliche Einsatzzeiten geklagt, selbstverständlich spricht man schon seit vielen Jahren von der Kurzzeit-Seelsorge. Doch es geht dabei nicht nur um eine Beschleunigung. Denn wir erleben zugleich eine temporale Zerstreuung. Zeitraster und Ordnung zerfallen und vernichten damit auch erzählende Strukturen. Du lebst in zahllosen Gegenwarten und die Narration, die diese Zerstreuung verbindet, erodiert. Wie orientieren wir uns darin? Oder besser: Wie und wann können wir über diese Fragen geduldig und sinnvoll nachdenken?



Die Mitglieder des Bischofrats möchten das Jahr 2019 in unserer Landeskirche als ein „Jahr des Auftankens / Sabbathjahr“ gestalten – 2019 liegen die Reformationsdekade mit ihren Themenjahren, das Reformationsjubiläum und die Kirchenvorstandswahlen hinter uns. Unser Anliegen ist es, dann Freiräume zu schaffen für geistliche Konzentration und das Nachdenken über unser Leben als Kirche in gedrängten Zeiten. Was könnte das heißen?

Sicher gehören Dinge dazu, die sich schnell aufdrängen: z.B. der Verzicht auf landeskirchliche Großveranstaltungen oder die Überprüfung der Anzahl von Gremiensitzungen. Es könnten Verabredungen erfolgen, auf E-Mail-Verkehr nach 20.00 Uhr im Regelfall zu verzichten oder sich in Gremien bewusst Zeit zu nehmen für geistliche Themen – und zwar anstatt anderer Tagesordnungspunkte und nicht zusätzlich. Freiräume werden eröffnet für die Quellen aus denen wir als Christinnen und Christen leben. Zur Zeit läuft in der Diözese Osnabrück ein ähnliches Projekt in der katholischen Kirche.

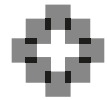
Das ist momentan eine Projektidee, die noch eine gründliche inhaltliche Vorbereitung und sorgfältige Kommunikation nach innen und außen braucht. Aktuell fragen wir bei den Generalkonventen die Pastorinnen und Pastoren nach ihren Reaktionen und möchten dann an dieser Idee weiterdenken. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, jetzt schon zu beantragen, dass ein Synodenausschuss sich dieses Themas annimmt. Vielleicht nehmen Sie es erst einmal als ein noch unfertiges, aber ungemein reizvolles Ideenstück aus der Werkstatt des Bischofsrats mit.

9. DEKT

Kommen wir aus dem Jahr geistlicher Konzentration, so haben wir Geist und Mut uns auf ein großes Glaubensfest vorzubereiten. Eine gute Nachricht: Der Deutsche Evangelische Kirchentag hat die Anfrage des Landes Niedersachsen, der Stadt Hannover und unserer Landeskirche angenommen. Wir werden bis zum Frühsommer 2017 erfahren, ob im Jahr 2023 oder 2025 ein Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hannover stattfinden wird. Das ist dann schon in der Periode der nächsten Landessynode, aber es ist ein Ereignis, das 2005 und in den Jahren 1983, 1967 und 1949 für diese Stadt, aber auch für die Christenheit in Niedersachsen ein besonderes, lange nachwirkendes Ereignis gewesen ist.

10. Jubiläumsjahr 2017

Und bevor dieses Fest des Glaubens nach Hannover kommt, richten sich die Augen auf 2017. Endlich, möchte man fast sagen. Auf dem Marktplatz in Wittenberg steht eine silber-rote Weltkugel. Eine Uhr ist in ihr verborgen, die rückwärts zählt: 359 Tage sind es ab heute noch, bis am 20. Mai 2017 in Wittenberg mit der Eröffnung der Weltausstellung der zentrale Höhepunkt der Feierlichkeiten zur Reformationsdekade beginnt. Neun Themenjahre liegen dann hinter uns, das Jubiläumsjahr hat schon begonnen. Viele Aktionen, Ideen und Gedanken sind in unseren Kirchengemeinden, Kirchenkreisen, in den Sprengeln und auf landeskirchlicher Ebene auf dem Weg in das Jahr 2017 entstanden, die Fülle ist beeindruckend.



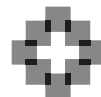
Wir haben nicht uns selbst gefeiert in diesen Jahren. Wir feiern als lutherische Landeskirche auch nicht Martin Luther. Für die Durchsetzungskraft reformatorischer Gedanken war entscheidend, dass die Menschen ihren Glauben neu entdeckten. „Der Gerechte wird aus Glauben leben.“ (Röm.1,17 nach Habakuk 2,4). Niemand muss sich einen gnädigen und barmherzigen Gott verdienen, weil Gott immer schon gnädig und barmherzig ist. Niemand muss sich einen Lebenssinn erarbeiten, es gilt, ihn im Glauben zu finden. Kein Mensch muss Gott gütig stimmen, sondern Gott bestimmt uns durch seine Güte. Die Entdeckung der Gnade Gottes weckte eine neue Lust an der Freiheit. Menschen verstanden ihren Glauben neu und lebten ihn anders. Die Beziehung zu Gott wurde freigelegt. In dieser Freiheit des Glaubens stehen wir bis heute. Diese Freiheit wollen wir ab dem 31. Oktober noch einmal ein Jahr lang feiern. In Berlin und Wittenberg und vor allem in unserer Landeskirche.

Beim Ehrenamtlichentag am 27. August 2016 richten sich schon viele Blicke auf die geplanten Veranstaltungen. Ebenso auf die beiden Städte Osnabrück und Wolfsburg, mit denen wir uns am Europäischen Stationenweg beteiligen. Osnabrück ist die erste deutsche Stadt, in der der Truck des Stationenweges Halt machen wird. Am 24. November sind Sie als Landessynode dabei. Das Jahr wird geprägt sein von Gottesdiensten, Konzerten, Aktionen. Doch wie bekomme ich einen Überblick über die Fülle an Möglichkeiten, an denen zum Teil noch heiß geschmiedet wird? Selten empfehle ich einen Newsletter. Doch heute möchte ich Ihnen den Newsletter unserer Landeskirche zu Veranstaltungen im Reformationjubiläumsjahr empfehlen. Arend de Vries und sein Reformationsteam verantworten und gestalten ihn. Melden Sie sich an unter <http://person.newsletter-reformation.de> – das ist die sicherste Informationsquelle für alles, was in unserer Landeskirche und darüber hinaus stattfindet. Und dann kommen Sie und feiern mit. Schöpfen Sie Kraft und Ideen für eine Kirche, die auch heute und morgen von dem Gott der Freiheit und der Gnade begeistert, einladend erzählt und überzeugend handelt. Und schweben sie davon. Die mutige Überzeugung, dass sich mit dem Glauben an Jesus Christus nicht nur das eigene Leben verändert, sondern diese Welt ein anderes Antlitz erhält, diese Überzeugung verbindet uns vor Ort und weltweit.

11. Halleluja

Kirchenkreistage

Sechs Jahre ehrenamtliches Engagement. Sechs Jahre Verantwortung für den Haushaltsplan und den Stellenplan, Verantwortung für Einrichtungen des Kirchenkreises, für Anträge an die Landessynode, für die Wahl einer neuen Superintendentin, eines neuen Superintendenten und für die öffentliche Wahrnehmung des Kirchenkreises. Wenn wir am 27. August beim Ehrenamtlichentag auf dem Messegelände „Danke“ sagen, dann gilt dieser Dank all den fleißigen und treuen Frauen und Männern in den Gemeinden. Und er gilt Ihnen, die Sie in unserer Landeskirche Ihre Verantwortung gewissenhaft und höchst engagiert wahrnehmen. Heute sind Vorsitzende der Kirchenkreistage unserer Landeskirche der Einladung zur Synode gefolgt. Ich danke Ihnen und allen Mitgliedern der Kirchenkreistage aus ganzem Herzen für ihr ehrenamtliches Engagement!



Geistlich-diakonische Gemeinschaften

Am letzten Sonntag war ich zu Gast beim Konventsfest der Diakoniegemeinschaft Falkenburg. Sie ist eine von über 25 geistlichen Gemeinschaften in unserer Landeskirche. Die geistlichen Gemeinschaften sind in all ihrer Verschiedenheit für mich geistliche Familien – das ist mir in der Begegnung in Falkenburg nochmal eindrücklich deutlich geworden. Wer in der Kirche arbeitet, erfährt an ganz vielen Stellen unmittelbar, was Traditionsabbruch bedeutet: Elementare Kenntnisse des Christentums und Spielregeln des Zusammenlebens können nicht mehr vorausgesetzt werden. Es ist nicht mehr normal, Mitglied einer christlichen Kirche zu sein.

Die geistlichen Gemeinschaften – sei es in Falkenburg im Stephansstift oder an anderen Orten unserer Landeskirche – sind ganz wichtig, wenn es darum geht, beruflich – und auch ehrenamtlich – in der Kirche Tätigen eine geistliche Heimat, einen Raum zu geistlichem Austausch und geistlichem Leben zu bieten. Nicht als Konkurrenz zu unseren Kirchengemeinden, sondern als eine Ergänzung. Berufsspezifische Fragen werden ausgetauscht, geistliche Angebote werden eröffnet und können darin auch der nachwachsenden Generation dienen. Zugleich beeindruckt mich die Verbindlichkeit, mit der diese Gemeinschaften leben. Allen, die für die Zukunft dieser Gemeinschaft wirken danke ich von Herzen.

Tschernobyl-Hilfen

„In den ersten Tagen stellten wir uns immer wieder die Frage: Wer ist schuld? Als wir dann mehr erfuhren, überlegten wir: Was tun? Wie können wir uns in Sicherheit bringen? Heute, da wir uns damit abgefunden haben, dass das keine Sache von ein, zwei Jahren, sondern von mehreren Generationen ist, kehren wir in Gedanken nach und nach zurück, blättern Seite für Seite um ... ich war so jung. Mein Sohn war klein ... wir haben geliebt“ (Nadescha Wigowskaja, Umsiedlerin aus Pripjar in: Swetlana Alexijewitsch, S. 189 und 192)

Seit 1991, also seit 25 Jahren, unterstützt die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers durch die „Arbeitsgemeinschaft Hilfe für Tschernobyl-Kinder“ Ferienaktionen für Kinder aus den verstrahlten Bezirken des Gebiets Gomel im Südosten Weißrusslands. Ein Jahr später beschloss der Niedersächsische Landtag fraktionsübergreifend und einstimmig die Gründung der Landesstiftung „Kinder von Tschernobyl“, mit der wir eng kooperieren. Stellvertretend für die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich hoch engagiert als Christen in der Zivilgesellschaft für die Opfer dieser vor 30 Jahren passierten Katastrophe einsetzen, möchte ich Renate Paul und Prof. Dr. Heyo Eckel nennen. Frau Paul ist ehrenamtlich die Vorsitzende der landeskirchlichen Arbeitsgemeinschaft. Diese Arbeitsgemeinschaft organisiert medizinische Hilfe vor Ort, Transporte von humanitären Hilfsgütern in die verseuchten Regionen und führt auch nach diesen vielen Jahren immer noch treu die vierwöchigen Ferienaufenthalte für Kinder sowie für Mütter/Väter mit Kleinkindern aus den verstrahlten Gebieten in Gastfamilien in Kirchengemeinden unserer Landeskirche durch. Diese Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden und Kirchenkreisen ist eine Leistung, die wirklich ein Halleluja verdient hat. Prof. Dr. Eckel war Präsident der Ärztekammer Niedersachsen und hat die „Kinder von Tschernobyl“-Stiftung mitbegründet. Von 1992 bis 1997 war er stellvertretender



Vorsitzender des Kuratoriums, danach zehn Jahre lang Vorsitzender. Seit 2007 ist der inzwischen 81-jährige wieder stellvertretender Vorsitzender. Ihm und allen anderen Engagierten und Gasteltern geht es darum, in dieser Katastrophe, die unsere Vorstellung von Zeit und Zahlen übertrifft, Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Dafür diesen Beiden stellvertretend für alle Engagierten meinen herzlichen Dank!